

BESCHLUSSVORLAGE

Bearbeitet von:

Tel.Nr.:

Datum:

Herr Schade

0761-201-4646

26.10.2005

Betreff:

Integriertes regionales Nahverkehrskonzept Breisgau-S-Bahn 2005; Barrierefreier Ausbau des Bahnhofes Emmendingen

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Öff.	N.Ö.	Empfehlung	Beschluss
bA	09.11.2005		X	X	
VV	07.12.2005	X			X

Beschlussantrag:

- 1. Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Regio-Nahverkehr Freiburg (ZRF) nimmt den Sachstandsbericht zum barrierefreien Ausbau des Bahnhofes Emmendingen zur Kenntnis.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Planungsvertrag mit der DB Station & Service AG vorzubereiten und der Verbandsversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen. Die Planungen sollen in den Jahren 2006 und 2007 durchgeführt werden. Die erforderlichen Mittel werden - vorbehaltlich der Zustimmung des Kreistages - zunächst vom Landkreis Emmendingen vorfinanziert.**
- 3. Im Jahr 2008 ist über die Umsetzung des Vorhabens und die zeitliche Einordnung im Rahmen der Investitionsplanung zu beschließen.**

Begründung

1. Ausgangslage

Der beschließende Ausschuss des ZRF wurde in der Sitzung am 24. März 2004 ausführlich über den seinerzeitigen Sachstand zum barrierefreien Ausbau des Bahnhofes Emmendingen informiert (Drucksache ZRF-bA 2004.002).

Bereits seit mehreren Jahren verfolgt die Stadt Emmendingen Planungen zur städtebaulichen Aufwertung des Bahnhofsumfeldes. Die Überlegungen umfassten auch die Einrichtung einer P+R-Anlage auf der bahnhofsabgewandten Seite der Gleise einschließlich einer Verlängerung der vorhandenen Bahnsteigunterführung als Bahnsteigzugang für die P+R-Anlage und zur Verbesserung der Zugangssituation für die südlich der Gleise gelegenen Stadtgebiete.

Gemäß den Vorgaben des Eisenbahnbundesamtes (EBA) müssen mit der geplanten Verlängerung der Unterführung gleichzeitig alle Zugänge und die Bahnsteige des Bahnhofes Emmendingen barrierefrei ausgebaut werden. Diese Maßnahme ist grundsätzlich Bestandteil der Breisgau-S-Bahn 2005.

Eine Beteiligung des ZRF kann sich jedoch allenfalls auf den Ausbau derjenigen Anlagenteile beziehen, die für den geplanten S-Bahn-Betrieb auf der Rheintalbahn erforderlich sind. Dies bedeutet insbesondere, dass auf den sehr aufwändigen Ausbau des vorhandenen Mittelbahnsteiges in Emmendingen verzichtet und stattdessen ein kostengünstiger Außenbahnsteig südlich der vorhandenen Gleise realisiert werden könnte. Die geschätzten Baukosten für diesen Planungsansatz betragen rund 2,065 Mio. Euro und umfassen den Bau von zwei Außenbahnsteigen inkl. Ausstattung, die Verlängerung der bestehenden Unterführung einschließlich Treppenzugang sowie den Bau von zwei Aufzügen.

Demgegenüber sieht die DB AG im Hinblick auf den geplanten Ausbau der Rheintalbahn (Geschwindigkeitserhöhung Fernverkehr) aus betrieblicher Sicht die Erfordernis den Mittelbahnsteig beizubehalten und hat sich daher in den bisherigen Planungsgesprächen bereit erklärt, die hierfür erforderlichen Mehrkosten zu finanzieren. Die Baukosten für die von der DB favorisierte Lösung betragen rund 4,465 Mio. Euro, die Mehrkosten also 2,400 Mio. Euro.

Wie in Drucksache ZRF-bA 2004.002 ausführlich dargelegt, hat die DB AG mitgeteilt, dass sie beabsichtige, ihren Anteil am Umbau des Bahnhofes Emmendingen über die sog. Sammelvereinbarung 4 (SV 4) mit dem Bund zum barrierefreien Ausbau von Bahnhöfen zu finanzieren. Nach den Richtlinien dieser Sammelvereinbarung könnten wesentliche Teile der Maßnahme über Bundesmittel gefördert werden, während die DB AG jedoch nur ihren Anteil an den Kosten zur Förderung durch den Bund beantragt hatte. Der ZRF hatte daraufhin deutlich gemacht, dass zunächst die Finanzierung der Gesamtmaßnahme nach der Sammelvereinbarung erfolgen muss und die DB AG aufgefordert, dies in Abstimmung mit dem EBA und dem Bund sicherzustellen.

Der verbleibende Kostenanteil, der nicht über die SV 4 gedeckt werden kann, könnte dann ggf. über GVFG-Mittel und den ZRF mitfinanziert werden.

2. Sachstand Finanzierung

In einem Gespräch zwischen dem Verbandsvorsitzenden, der Stadt Emmendingen, der DB AG und Vertretern der EBA-Zentrale in Bonn am 30. August 2005 wurde von Seiten des EBA abschließend mitgeteilt, dass eine Bereitstellung von Bundesmitteln über den bislang zugesagten Anteil in Höhe von rund 2,400 Mio. Euro hinaus nicht möglich ist. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass der Bund seine bestehende Finanzierungszusage zurückziehen und die zugesicherten Mittel damit insgesamt für das Projekt verloren gehen könnten, falls sich der ZRF (bzw. zunächst der Landkreis Emmendingen im Wege der Vorfinanzierung) nicht kurzfristig an dem Projekt beteiligen könnten. In diesem Fall könnte das Vorhaben voraussichtlich erst wieder zu einem deutlich späteren Zeitpunkt aufgegriffen werden und wäre dann ggf. vollständig durch die Region zu finanzieren.

Um die von der Stadt Emmendingen geplante Verbesserung des Bahnhofsumfeldes in Emmendingen zu unterstützen wird vorgeschlagen, mit den Planungen für den barrierefreien Ausbau des Bahnhofes zu beginnen. Es wird angestrebt im Jahr 2008 eine Entscheidung über die definitive Aufnahme und die zeitliche Verortung des Vorhabens in der Investitionsplanung des ZRF zu treffen. Die kurzfristig in 2006 und 2007 bereits erforderlichen Planungsmittel in Höhe von rund 0,371 Mio. Euro werden zunächst- vorbehaltlich der Zustimmung des Kreistages durch den Landkreis Emmendingen vorfinanziert. Sofern es bei den derzeit geplanten ZRF-Vorhaben zu Verzögerungen kommen sollte, wäre eine denkbare Option die freiwerdenden Mittel zu Gunsten des Projektes Bahnhof Emmendingen einzusetzen. Hierüber müssten dann aber die Gremien des ZRF entscheiden.

Die Verbandsvorsitzenden haben in einer Besprechung am 13.10.2005 die Wichtigkeit dieser Maßnahme anerkannt und sind sich deshalb darin einig, dass diesem Vorhaben im Zuge der künftigen Investitionsplanung eine hohe Priorität einzuräumen ist.

Nur auf dieser Grundlage hat sich der Landkreis Emmendingen - entgegen den Verpflichtungen aus der Verbandssatzung - bereit erklärt, die Planungskosten vorzufinanzieren. Die auf die beiden anderen Verbandsmitglieder entfallenden Planungskosten sind nachzuerstatten, wenn das Projekt entsprechend in den Investitionsplan des ZRF aufgenommen wird.

Grundlage für die Gespräche mit dem EBA und der DB AG bildet das folgende Finanzierungskonzept:

Gesamtkosten:	4,465 Mio. €
(<i>davon Anteil Maßnahmen Ausbau Rheintalbahn:</i>)	2,400 Mio. €)
Anteil Maßnahmen BSB 2005:	2,065 Mio. €
(<i>Außenbahnsteige, Ausstattung, Verlängerung Unterführung, Treppe, Aufzüge</i>)	

Kostenanteil ZRF:

- <i>Selbstbehalt nach GVFG</i>	0,050 Mio. €
- <i>Eigenanteil nach GVFG (25% aus 2,015 Mio. €)</i>	0,504 Mio. €
- <i>Planungskosten (18% aus 2,065 Mio. €)</i>	<u>0,371 Mio. €</u>
	0,925 Mio. €

Anteile der Gebietskörperschaften:

	gesamt	davon Planung
Stadt Freiburg (27,04%)	0,250 Mio. €	0,100 Mio. €
LK Breisgau-Hochschwarzwald (19,92%)	0,184 Mio. €	0,074 Mio. €
LK Emmendingen (53,04%)	0,491 Mio. €	0,197 Mio. €

Bei den Kostenangaben handelt es sich um grobe Abschätzungen. Nicht berücksichtigt sind insbesondere mögliche nicht zuwendungsfähige Kostenanteile oder die zusätzlichen Vorfinanzierungskosten für nicht rechtzeitig bereitgestellte GVFG-Mittel. Zwar hat das Land Baden-Württemberg (Innenministerium) im Mai 2005 auf Anfrage der Stadt Emmendingen bestätigt, dass Fördermittel für dieses Projekt bereits ab 2008 bereitgestellt werden könnten, allerdings bleibt offen, in welcher Höhe und über welche Zeitdauer hinweg.

3. Weiteres Vorgehen

Auf der Grundlage der Beschlussfassung der Verbandsversammlung sind Verhandlungen mit der DB AG und dem EBA über den Abschluss einer Planungsvereinbarung aufzunehmen. Anschließend ist der Vertrag der Verbandsversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen. Vertragspartner sollen die DB Station&Service AG, das EBA und der ZRF werden, während die finanzielle Abwicklung zunächst über den Landkreis Emmendingen erfolgt.

Der Baubeginn ist im Wesentlichen abhängig von den finanziellen Möglichkeiten in den kommenden Jahren sowie insbesondere von den Entwicklungen im Bereich der GVFG-Förderung. Hierüber soll die Verbandsversammlung in 2008 beschließen.

**Bearbeitet von
Uwe Schade**

- Verwaltung ZRF -